

# **Jahresbericht 2015**

## **Interventionsstelle**

### **gegen häusliche Gewalt und Stalking Stralsund**

Anschrift: Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking  
Frankendamm 5  
18439 Stralsund

Trägerverein: Frauen helfen Frauen e.V.  
Ernst-Haeckel-Straße 1  
18059 Rostock

Telefon: 03831 / 30 77 50  
03831 / 30 77 51 (Kinder- und Jugendberatung)

Fax: 03831 / 30 77 52

e-mail: [interventionsstelle.stralsund@fhf-rostock.de](mailto:interventionsstelle.stralsund@fhf-rostock.de)

Internet: [www.fhf-rostock.de](http://www.fhf-rostock.de)

I. Einleitung	3
II. Statistische Auswertung	3
1. Gesamtzahlen der Interventionsstelle 2010 – 2014	3
2. Landesweiter Vergleich	4
3. Fallaufkommen Häusliche Gewalt und Stalking	4
4. Zugangswege	4
4.1. Nach Polizeirevieren	4
4.2. Zugangswege der Selbstmelder*Innen	5
III. Personenbezogene Datenauswertung	5
1. Opferspezifika	5
2. Täterspezifika	5
3. Kinder	5
IV. Täter-Opfer-Beziehung	6
V. Polizeiliche Maßnahmen	6
VI. Beantragung Schutzanordnungen	6
VII. Wege und Ergebnisse der Pro-aktiven Kontaktaufnahme	7
VIII. Schwerpunkt und Umfang der Beratungsarbeit	8
IX. Fortbildungen	10
X. Fallunabhängige Kooperationsarbeit	10
XI. Vernetzung	10
XII. Öffentlichkeitsarbeit	11
XIII. Fazit und Ausblick	12
Pressespiegel	15

## I. Einleitung

Der örtliche Arbeitsbereich der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking Stralsund orientiert sich an dem Gebiet der Polizeiinspektion Stralsund und erfasst den Landkreis Vorpommern-Rügen. Die Einwohnerzahl von insgesamt 223.470 fällt gemessen an den Einzugsbereichen der anderen vier Interventionsstellen im Land am kleinsten aus<sup>1</sup>.

Die Interventionsstellen fungieren als Bindeglied zwischen polizeilichen, zivil- und strafrechtlichen Schutzmaßnahmen und arbeiten nach einem landesweit einheitlichen Konzept.

Voraussetzung für den vom Bundesgesetzgeber vorgesehenen längerfristigen Schutz nach dem Gewaltschutzgesetz ist, dass Betroffene über ihre rechtlichen, persönlichen und finanziellen Möglichkeiten Bescheid wissen. Aus diesem Grund ist durch die gesetzliche Regelung des § 41 Abs. 1, S. 2 SOG M/V sichergestellt, dass die Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen in Mecklenburg-Vorpommern die Mitarbeiterinnen der jeweils zuständigen Interventionsstelle als Partnerinnen der Gefahrenabwehr über polizeiliche Einsätze bei häuslicher Gewalt oder diesbezüglich erstattete Strafanzeigen informieren. An diesem Punkt setzt die Interventionsstelle mit ihrer pro-aktiven Arbeit und dem Angebot der psycho-sozialen und rechtlichen Unterstützung der Erwachsenen sowie der Kinder- und Jugendlichen in der Krise an. Den Gewaltkreislauf in der Familie zu durchbrechen ist vorrangiges Ziel der Interventionsstelle. Dabei geht es sowohl um den Schutz der gewaltbetroffenen Erwachsenen als auch der Kinder und Jugendlichen.

Um dies zu gewährleisten gibt es neben der Erwachsenenberatung ein fachspezifisches Angebot der Kinder- und Jugendberatung zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Ziel ist es, die Kinder und Jugendlichen über Schutzmöglichkeiten zu informieren, ihre eigenen Ressourcen für die Bewältigung des Erlebten aufzudecken und weiterzuentwickeln.

Die Interventionsstelle Stralsund sichert die Kooperation und Vernetzung aller bei häuslicher Gewalt und Stalking involvierten, staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen. Durch Beratung und Fortbildung der Mitarbeiter\*innen der mit häuslicher Gewalt und Stalking befassten Institutionen und durch Öffentlichkeitsarbeit gegen häusliche Gewalt und Stalking trägt sie zur Sensibilisierung für dieses Gewaltfeld bei.

Die Vielschichtigkeit der Tätigkeit der Beraterinnen macht einen multiprofessionellen Ansatz notwendig. Deshalb wird die Erwachsenenberatung durch eine Diplom-Sozialpädagogin und eine Volljuristin geleistet. Die Kinder- und Jugendberatung wird durch eine Diplom-Sozialpädagogin ausgeführt.

## II. Statistische Auswertung

Alle Auswertungen erfolgen auf Grundlage des landesweiten Statistikprogramms der Interventionsstellen Mecklenburg-Vorpommern **Intervent-MV**.

### 1. Gesamtzahlen der Interventionsstelle 2010 - 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<b>Erwachsene Betroffene über Polizeimeldung</b>	291	385	310	300	348	356
<b>Selbstmelder*innen</b>	61	59	73	72	105	114
<b>Gesamt</b>	<b>372</b>	<b>478</b>	<b>404</b>	<b>372</b>	<b>453</b>	<b>470</b>
<b>davon Betroffene mit Kindern</b>	172	235	217	196	245	270
<b>mitbetroffene Kinder gesamt</b>	274	398	357	336	428	448

2015 gab es erneut einen Anstieg der Fallzahlen. 356 (75,7 %) Klient\*innen wurden durch die Polizei an die Interventionsstelle gemeldet und 114 Klient\*innen suchten von sich aus Rat und Unterstützung in der Interventionsstelle. In den 2015 der Interventionsstelle bekannt gewordenen 470 Fällen lebten 448 Kinder in 270 Familien, die von der häuslichen Gewalt oder Stalking direkt oder indirekt betroffen waren.

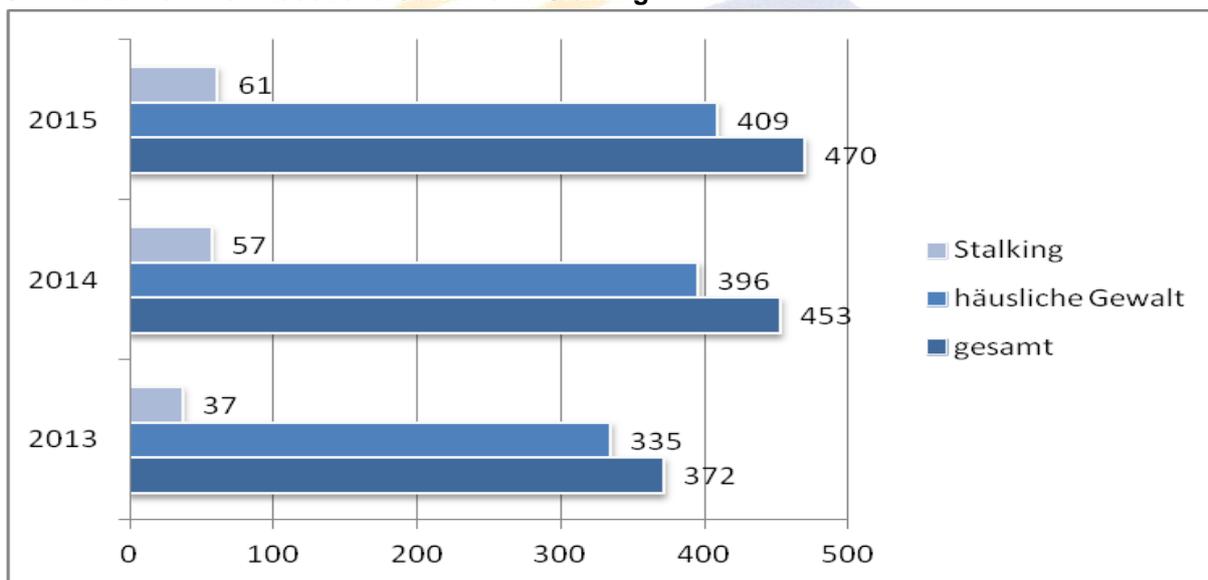
<sup>1</sup> Zahlen dem Jahrbuch des Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern entnommen; Stand: 31.12.2014

## 2. Landesweiter Vergleich

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es flächendeckend fünf Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking.

2011	2012	2013	2014	2015	Gesamtfallzahlen
353	393	391	430	384	<b>Anklam</b>
309	292	365	316	369	<b>Neubrandenburg</b>
390	413	373	384	374	<b>Schwerin</b>
481	553	446	476	503	<b>Rostock</b>
478	404	372	453	470	<b>Stralsund</b>
<b>2.011</b>	<b>2.055</b>	<b>1.947</b>	<b>2.059</b>	<b>2.100</b>	<b>Gesamt MV</b>

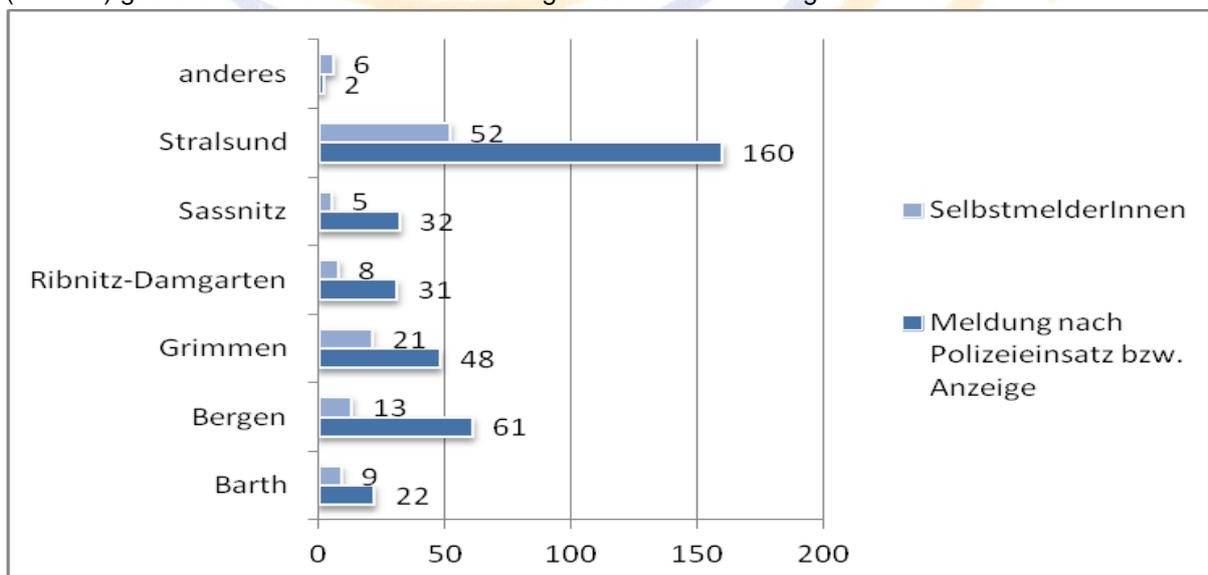
## 3. Fallaufkommen häusliche Gewalt und Stalking



## 4. Zugangswege

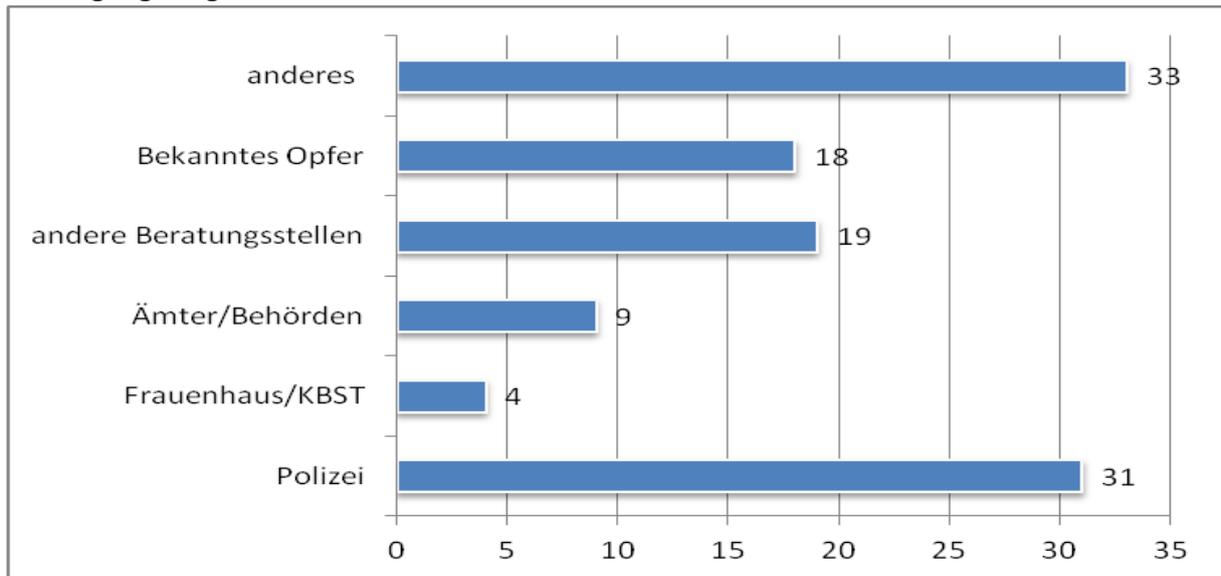
### 4.1. Nach Polizeirevieren

Hinsichtlich der gemeldeten Polizeieinsätze bzw. der vermittelten Klienten\*innen nach erfolgter Anzeigenaufnahme (n = 356) sowie der Selbstmeldungen der Betroffenen in der Interventionsstelle (n = 114) gestaltete sich die örtliche Verteilung im Jahr 2015 wie folgt:



Bei den unter „anderes“ geführten Fällen handelt es sich um Klienten\*innen aus anderen Bundesländern, die in Mecklenburg-Vorpommern Zuflucht gefunden bzw. einen Umzug vorbereitet haben.

#### 4.2. Zugangswege der Selbstmelder\*innen



Die 114 Selbstmelder\*innen haben von der Interventionsstelle auf verschiedenste Weise erfahren. 18 Klientinnen kannten unsere Beratungsstelle schon aus vorangegangenen Beratungen und wandten sich mit erneutem Beratungsbedarf an uns. Darunter eine Klientin, die bereits von einigen Jahren durch uns kontaktiert wurde, aber damals keine Beratung in Anspruch genommen hat. Die unter „anderes“ aufgeführten Selbstmelder\*innen wurden unter anderem durch Familienangehörige oder Freunde/Bekannte auf uns aufmerksam. 11 Klient\*innen nutzten das Internet, um Kontakt zu uns aufzunehmen. Eine wurde durch ihre Rechtsanwältin, 6 durch Mitarbeiter\*innen aus Einrichtungen des Gesundheitswesens und 2 durch verschiedene Hilfetelefone an uns vermittelt. In einem Fall hat eine kirchliche Einrichtung den Kontakt hergestellt. Diese Tatsache stimmt uns zuversichtlich, dass bei häuslicher Gewalt von außen eingegriffen und sie nicht als Privatangelegenheit akzeptiert wird. In 4 Fällen wurden die Betroffenen durch unser Außenschild bzw. unsere Broschüre „Wege aus der häuslichen Gewalt“ auf uns aufmerksam.

### III. Personenbezogene Datenauswertung

#### 1. Opferspezifika

Die meisten der 470 bekannt gewordenen Opfer waren weiblich (2015: 89,4 %; 2014: 89,2 %; 2013: 90,9 %). Die größte Betroffenenengruppe war 2015 zwischen 28 und 40 Jahre alt (39,8 %). Die Einkommenssituation bleibt für uns häufig unbekannt (56,2 %). Der Empfang von Sozialleistungen war uns in 13,4 % der Fälle bekannt. Der Anteil der Lohn- und GehaltsempfängerInnen lag mit 20,9 % etwas höher. Diese Zahlen bestätigen die Aussage, dass sich häusliche Gewalt und Stalking durch alle sozialen Schichten zieht.

#### 2. Täterspezifika

Der durchschnittliche Täter war männlich (2015: 90,6 %; 2014: 89,8 %; 2013: 90,6 %) und, wie auch schon in den Vorjahren, zwischen 28 und 40 Jahre alt (2015: 41,5 %; 2014: 35,5 %; 2013: 38,4 %). Bei den Täter\*innen bleibt uns die Einkommenssituation noch häufiger unbekannt (64,3 %). Es kann aber auch über die bekannten Größen festgestellt werden, dass der Anteil der SozialleistungsempfängerInnen und der LohnempfängerInnen hier ähnlich verteilt sind wie bei den Opfern.

#### 3. Kinder

Von den 448 Kindern war die größte Kindergruppe 2015 mit 51,1 % die der 0 - 6jährigen. Im Vergleich mit den letzten Jahren zeigt sich, dass die Kindergruppe der bis 6jährigen die gefährdetste Gruppe ist (2014: 51,4 %; 2013: 56 %; 2012: 51,5 %). Dies bestätigt Untersuchungsergebnisse, die besagen, dass die Geburt eines Kindes ein häufiger Auslöser von häuslicher Gewalt sein kann. In 40,4 % der Fälle ist nichts zum Erleben der Gewalt aus Kindersicht bekannt. In nur 6,9 % der Fälle kann die Frage nach dem Erleben der Gewalt zwischen den Eltern zum Tatzeitpunkt mit einem klaren Nein beant-

wortet werden. So kann mit Sicherheit gesagt werden, dass mindestens 46,4 % der Kinder etwas gehört oder gesehen haben oder sogar direkt von körperlicher Gewalt betroffen waren (6,3 %).

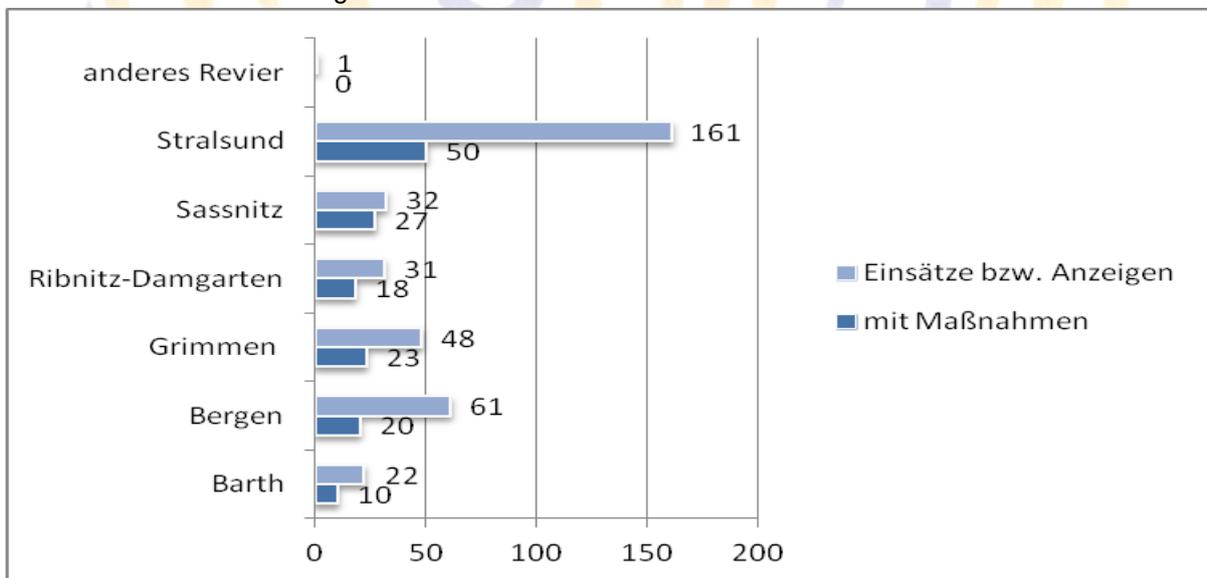
**IV. Täter-Opfer-Beziehung**

Bei den 409 Fällen häuslicher Gewalt wurden, wie auch schon in den Jahren zuvor, die meisten Betroffenen durch den aktuellen (52,8 %) oder früheren Beziehungspartner bzw. die aktuelle oder frühere Beziehungspartnerin (31,3 %) misshandelt. In 3 Fällen waren die Mütter die Täterinnen und in 4 Fällen die Töchter. In 10 Fällen waren die Väter die Täter und in 35 Fällen die Söhne. In 10 Fällen lag ein anderes Täter-Opfer-Verhältnis vor. Hier handelte es sich z.B. um den Bruder, um die Enkeltochter, um den Partner der Tochter oder um einen Mitbewohner, welche im sozialen Nahraum Gewalt ausgeübt haben.

Bei den 61 uns bekannt gewordenen Stalking-Opfern handelt es sich bei 72,1 % um Ex-Partner-Stalking. In 13 Fällen gehörte der/die Täter\*in nicht zur ehemaligen häuslichen Gemeinschaft, sondern war ein Nachbar der Betroffenen, der Ex-Freund der Partnerin oder ein Bekannter. In einem Fall war der Stalker der Vater und in einem anderen der Bruder. In 4 Fällen war der Stalker ein Fremder. In 58 von 61 bekannt gewordenen Stalkingfällen war der Täter männlich (95,1 %).

**V. Polizeiliche Maßnahmen**

Wurden im Jahre 2003 im Rahmen der Polizeieinsätze noch in 71,4 % der Fälle Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr zum Schutze der Opfer wie Wegweisung/Betretungsverbot, Platzverweis und Aufenthaltsverbot getroffen, pegelt der prozentuale Anteil dieser Schutzmaßnahmen sich in den letzten Jahren auf eine Größe von zwischen 40 und 50 % ein (2015: 41,6 %; 2014: 49,7 %; 2013: 48,0 %; 2012: 43,5 %). Diese recht konstante Größe könnte ein Zeichen dafür sein, dass der Blick seitens der Polizei sensibler auf die Belange der Betroffenen gerichtet und die Möglichkeit der Anwendung von Maßnahmen zum Schutze dieser eine akzeptierte Handlungsmöglichkeit im Rahmen der Arbeit der Polizei bei häuslicher Gewalt geworden ist. Gleichzeitig werden Betroffene, bei denen aus den verschiedensten Gründen keine Schutzmaßnahmen zur Anwendung kamen, als Betroffene von häuslicher Gewalt wahrgenommen und an die Interventionsstelle weiter vermittelt.

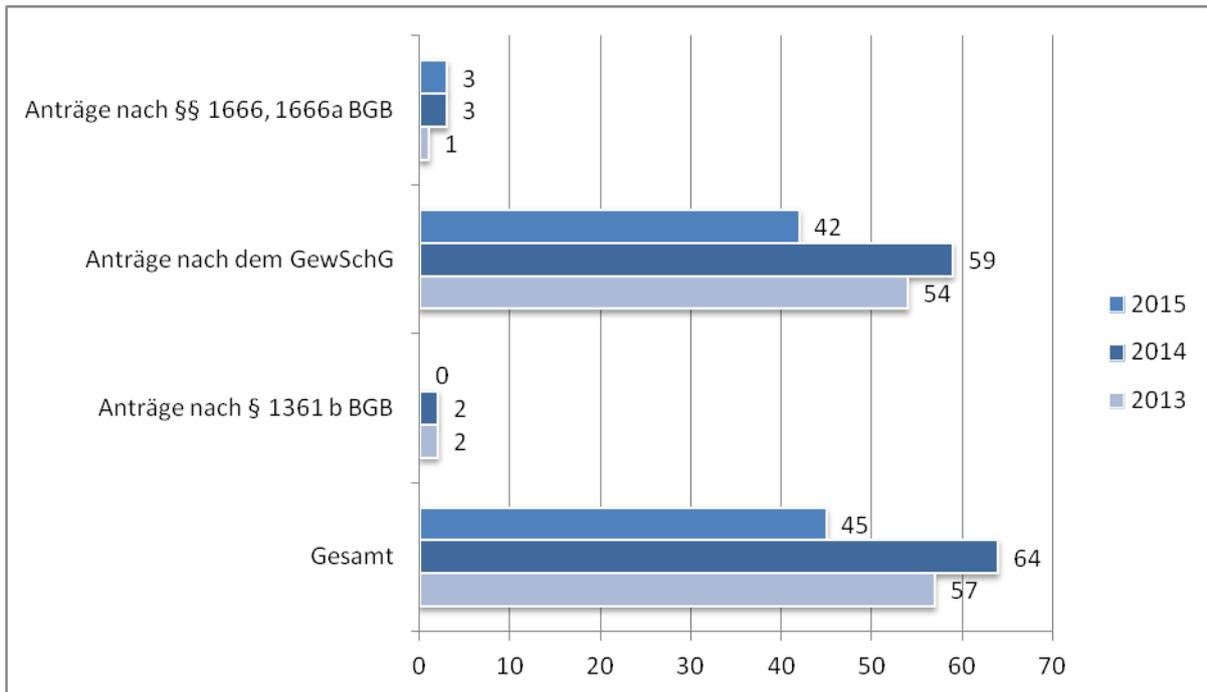


**VI. Beantragung Schutzanordnungen**

Unserem Wissen nach haben 45 Klient\*innen und somit 9,6 % (2014: 14,1 %; 2013: 15,1 %) der uns bekannt gewordenen Betroffenen häuslicher Gewalt und Stalking (n=470) eine weiterführende gerichtliche Schutzanordnung für sich und ihre Kinder in Anspruch genommen.

Nicht immer haben die Mitarbeiterinnen der Interventionsstelle Kenntnis über die Erlangung zivilrechtlicher Entscheidungen der Betroffenen. Letztere werden zu zivilrechtlichen Schutzmöglichkeiten beraten. Ob sie diese in Anspruch nehmen, liegt in der Entscheidung der Betroffenen. Diese können sie auch zu einem späteren Zeitpunkt fällen. Wohnungszuweisungen kommen u. a. auch nicht in Frage,

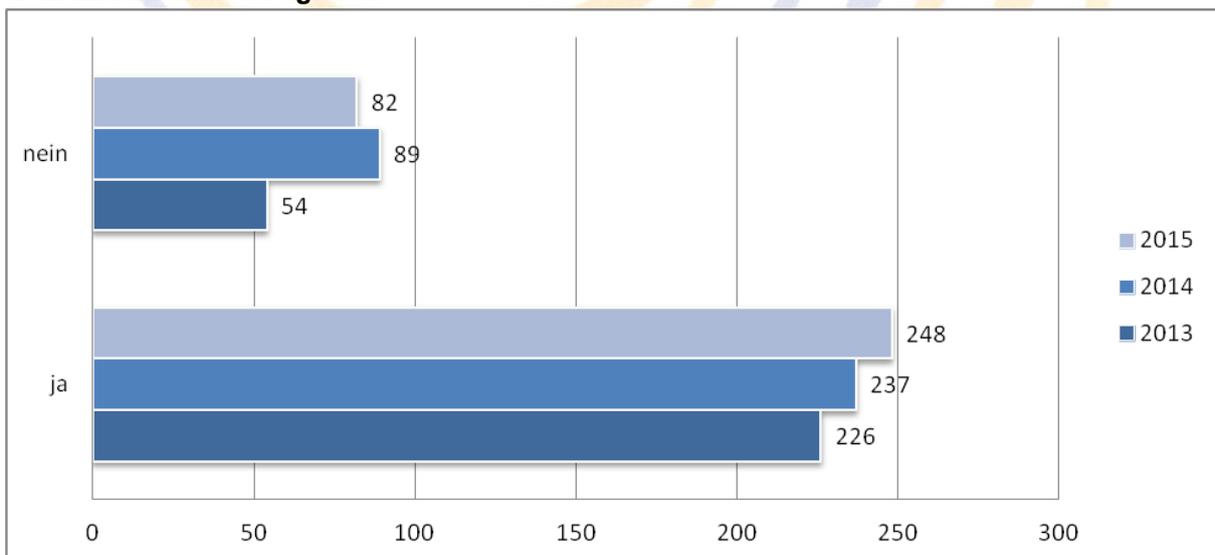
wenn Opfer und Täter\*in bereits getrennt wohnen bzw. die Wohnung dem Opfer gehört oder Opfer bzw. Täter\*in sich entscheiden, die bisher gemeinsam genutzte Wohnung zu verlassen.



### VII. Wege und Ergebnisse der Pro-aktiven Kontaktaufnahme

In 75,5 % der Fälle erfolgte der erste Kontaktversuch der Interventionsstelle zum Opfer telefonisch, 18,5 % der Fälle wurden schriftlich über unser Beratungsangebot informiert, weil die Betroffenen telefonisch nicht erreichbar waren und 20 mal sind die Mitarbeiterinnen der Interventionsstelle zur Herstellung des Erstkontaktes direkt zur aufsuchenden Beratung vor Ort gefahren. In 26 Fällen wurde kein Kontakt aufgenommen. Dies war z.B. der Fall, wenn Betroffene bereits verzogen sind und keine neue Anschrift oder Telefonnummer bekannt war.

#### Kontaktaufnahme erfolgreich



2015 wurden 356 Fälle durch die Polizei an die Interventionsstelle gemeldet. Im Zuge der pro-aktiven Kontaktaufnahme wurden 248 Klient\*innen von 330 (356 weniger 26, in denen keine persönliche Kontaktaufnahme erfolgte) erreicht. Das entspricht 75,2 % erfolgreiche Kontaktaufnahmen (2014: 72,4 %; 2013: 80,7 %; 2012: 74,3 %). Von den 248 erreichten Klient\*innen haben 6 die Beratung abgelehnt (2,5 %). Diese Zahlen bestätigen auch die Vorjahreserfahrungen.

Im Berichtszeitraum wurde in 73 von 270 Familien (27 %) das Angebot der Kinder- und Jugendberatung unterbreitet. Das bedeutet, dass 73,3 % der Familien nicht über die Möglichkeit der KJB informiert werden konnten. Gründe dafür sind:

- die gewaltbetroffenen Erwachsenen wurden nicht erreicht,
- es fand nur ein Beratungsgespräch statt, welches ausschließlich für die Sicherheits- und rechtliche Beratung genutzt wurde oder
- es sind bereits andere Hilfen in den Familien vorhanden oder
- es handelt sich um Klient\*innen, die das Angebot aus einer vorherigen Beratung bereits kannten.

36 Sorgeberechtigte (49,3 %) entschieden sich dafür, das Hilfsangebot der KJB anzunehmen. Insgesamt 74 Kinder wurden von der Kinder- und Jugendberaterin unterstützt. Gegenüber dem Vorjahr wurden zwar weniger Familien betreut, die Anzahl der Kinder in diesen Familien ist allerdings fast identisch (2014: 44 Familien mit 78 Kindern).

### VIII. Umfang und Schwerpunkte der Beratungsarbeit

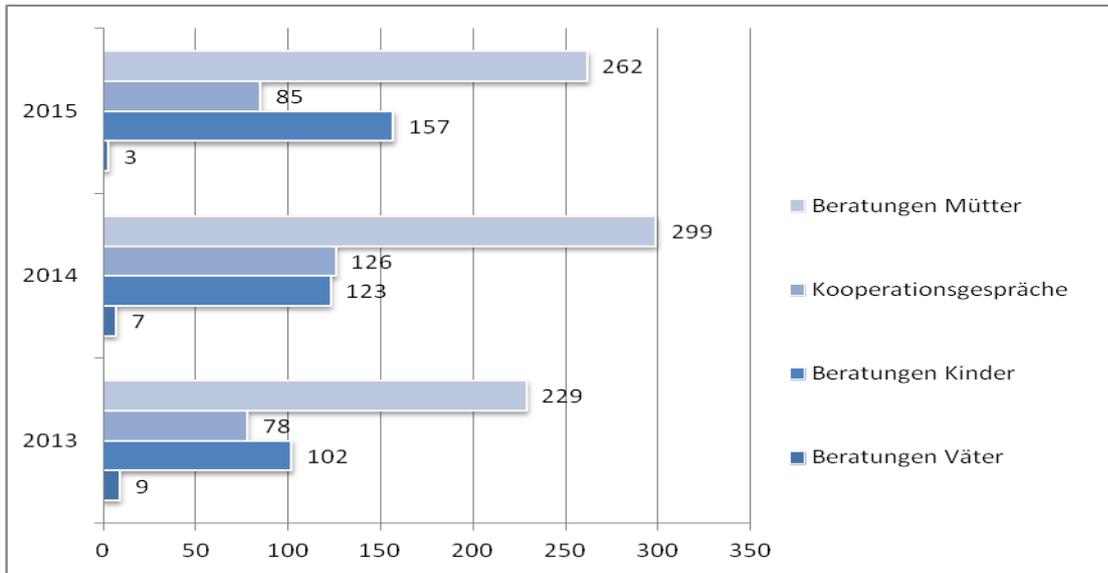
Die häufigste Form der Beratung ist die telefonische Beratung. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass der Erstkontakt überwiegend telefonisch erfolgt und dass die Beraterinnen sich aus Sicherheitsgründen für sich selbst und die Betroffenen und ihre Kinder nur dann in die Häuslichkeit begeben, wenn dem Täter ein Betretungsverbot durch die Polizei ausgesprochen wurde.

#### Umfang der Beratung (Vorjahreswert in Klammern)

	Häusliche Gewalt	Stalking	Kinder- und Jugendberatung
<b>Telefonische Beratung</b>	393 (457)	64 (63)	137 (173)
<b>Beratung in der IST</b>	58 (46)	24 (21)	27 (10)
<b>Aufsuchende Beratung</b>	53 (53)	18 (10)	258 (246)
<b>Beratungen gesamt</b>	504 (556)	106 (94)	422 (429)
<b>Begleitung</b>	6 (2)	2 (1)	6 (3)
<b>Kooperationsgespräche</b>	477 (417)	62 (45)	85 (126)

Der Focus der Arbeit der Kinder- und Jugendberatung lag auch 2015 auf der Sensibilisierung für die Auswirkungen der Gewalt auf die Kinder und Jugendlichen sowohl bei den gewaltbetroffenen Eltern, als auch bei den anderen mit den Fällen befassten Professionen und in der Öffentlichkeit. Nur so kann die Bereitschaft für das Schaffen von Sicherheit insbesondere im Interesse der Kinder gesteigert werden. Wenn diese gegeben ist, arbeitet die Kinder- und Jugendberaterin mit den Kindern und Jugendlichen um Erlebtes zu bearbeiten, Hilfebedarfe abzuleiten und notwendige Hilfen in die Wege zu leiten.

Aus folgender Grafik ist die Verteilung der fallbezogenen Arbeit der KJB ersichtlich.



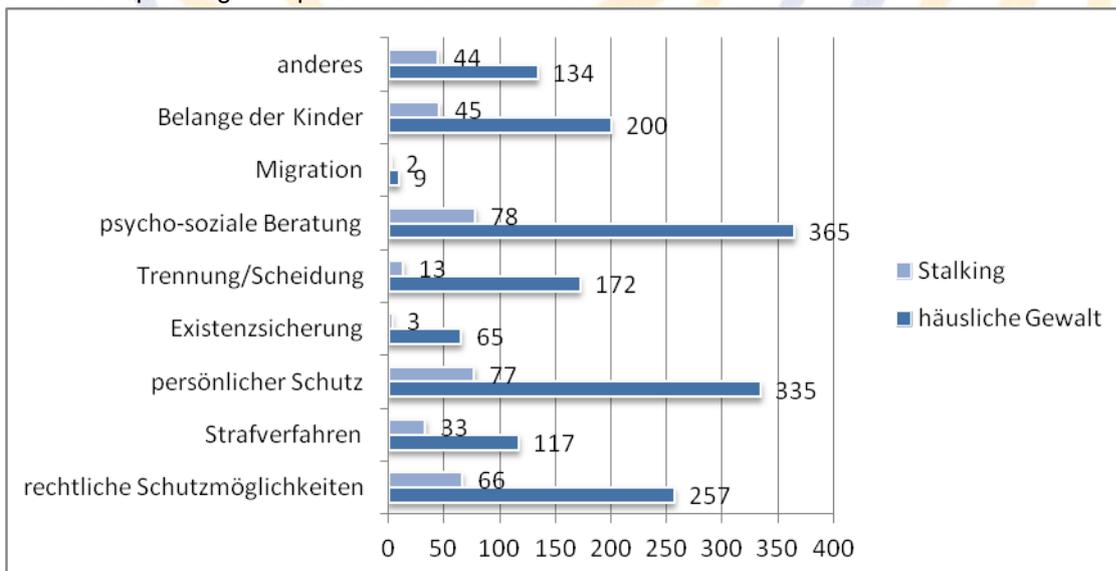
In einigen Fällen ist es für die Kinder hilfreicher, wenn die Kinder- und Jugendberaterin ausschließlich mit den gewaltbetroffenen Erwachsenen und/oder den in der Familie tätigen oder tätig werdenden Helfer\*innen arbeitet. Das spiegelt sich sowohl in der Anzahl der Kooperationsgespräche als auch den Beratungen mit den Müttern wider.

Ähnlich wie im Vorjahr nahmen auch 2015 die Unterstützung und Information der Sorgeberechtigten im Rahmen der Vermittlung in weiterführende Hilfen (z.B. Hilfe zur Erziehung, therapeutische Angebote) einige Kapazitäten in Anspruch. Wieder wurde deutlich, dass der proaktive Ansatz der Interventionsstelle Familien erreicht, die von sich aus eher nicht den Zugang zu Hilfesystemen finden würden. 2015 lief diese Unterstützung vermehrt über Kooperations- und Vermittlungsgespräche. Im Rahmen der Kinder- und Jugendberatung wurde z.B. zum Jugendamt und zu Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*innen begleitet.

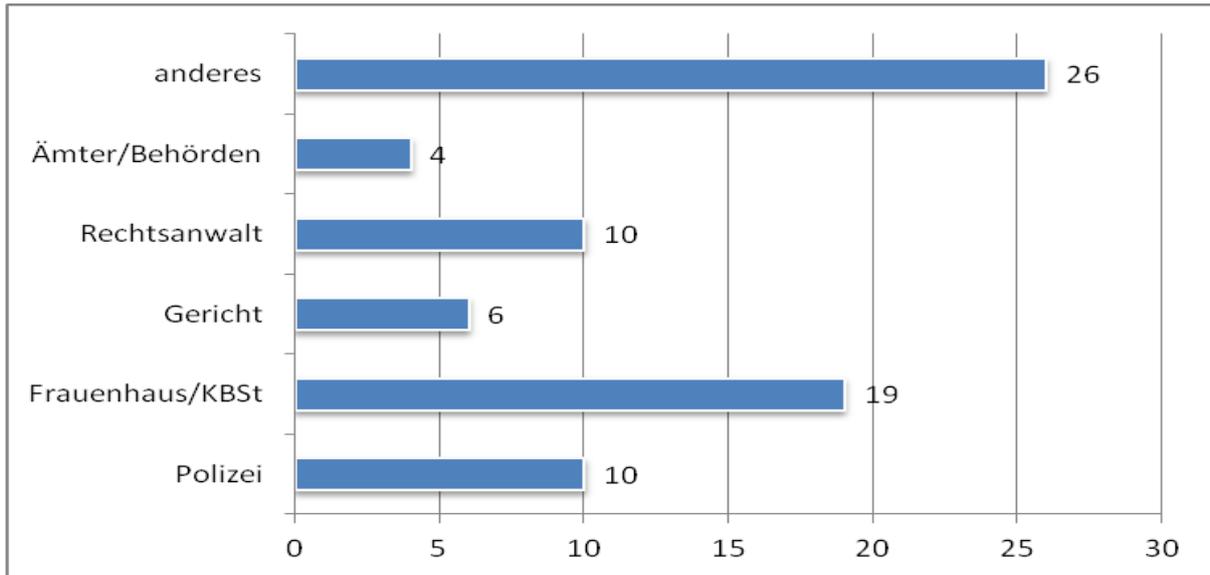
Bei den 3 Beratungen, die durch Väter in Anspruch genommen wurden, handelt es sich um täterbezogene Interventionen.

**Schwerpunkte der Beratung**

der erwachsenen Opfer liegen in der Aufklärung über rechtliche Schutzmöglichkeiten sowie die Sicherheitsplanung zum persönlichen Schutz vor erneuter Gewalt.



**Vermittlungen innerhalb der Erwachsenenberatung an:**



Unter Vermittlung an „anderes“ sind u. a. Weisser Ring, spezialisierte Beratungsstellen und Institutionen sowie das Gesundheitswesen erfasst.

**IX. Fortbildungen**

2015 nutzten die Reviere in Sassnitz, Bergen und Stralsund das Fortbildungsangebot der Interventionsstelle zur Schulung ihrer Beamten\*innen. Auch dieses Jahr wurde der Fokus der Schulung hauptsächlich auf allgemeine Anforderungen an die Dokumentation bei häuslicher Gewalt, auf Fallbesprechungen sowie auf die Auswirkungen von Partnerschaftsgewalt auf die mitbetroffenen Kinder gelegt. Insgesamt gab es für die Polizeiinspektion Stralsund vier Fortbildungsveranstaltungen, in denen ein reger Austausch zwischen den Beamten\*innen und den Kolleginnen der Interventionsstelle stattfand.

Neben den Polizeischulungen gab es 2015 noch weitere Fortbildungsanfragen. Unter anderem führten die Kinder- und Jugendberaterinnen aus Rostock und Stralsund im Juni eine ganztägige Veranstaltung mit dem Titel: „Erklärungsansätze für die bedingungslose Loyalität von Kindern bei innerfamiliärer Gewalt“ für die Mitarbeiter\*innen der Caritas Mecklenburg e. V. durch. Im November fand eine Multiplikatorenschulung zu „Hier wohnt Familie Schäfer“ in Putbus statt, eine Veranstaltung für Mitarbeiter\*innen verschiedener Kinder- und Jugendeinrichtungen vor Ort.

Aufgrund ausgeschöpfter Kapazitäten konnten einige Anfragen nicht bewältigt oder nur in begrenztem Maße ausgeführt werden.

Ein landesweites Thema war „Workplace Policy“ (Arbeitsrichtlinie) gegen häusliche Gewalt. In diesem Zusammenhang wurden Mitarbeiter\*innen des LAGuS (Landesamt für Gesundheit und Soziales) Mecklenburg-Vorpommern landesweit durch Mitarbeiterinnen der Interventionsstellen zu den Themen Häusliche Gewalt und Stalking informiert. Ziel war die Sensibilisierung der leitenden Mitarbeiter\*innen in Hinblick auf betroffene Kolleginnen sich diesem Handlungsfeld anzunehmen.

Vom Weissen Ring Stralsund wurden wir eingeladen, um zum Thema Stalking zu sprechen und zu sensibilisieren.

Außerdem waren wir auch dieses Jahr wieder durch die „ecolea“ in Stralsund für die Fachausbildung der Heilpädagogen als Referentinnen gefragt.

**X. Fallunabhängige Kooperationsarbeit**

Auch 2015 konnten wir unser Fallaufkommen wieder monatlich mit der Polizei abgleichen. So kann gewährleistet werden, dass alle polizeibekanntenen von häuslicher Gewalt Betroffenen vom Beratungsangebot der Mitarbeiterinnen der Interventionsstelle Gebrauch machen können. Gemeinsam mit der Polizei konnte hier ein guter Weg gefunden werden.

Aus unserer Bürogemeinschaft mit der MISS.Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt hat sich eine Tradition von gemeinsamen Teamsitzungen heraus gebildet. Hier nutzten wir die verschiedenen Pro-

fessionen und Kompetenzen für Fallbesprechungen und interne Fortbildungen durch Kolleginnen sowie eine Veranstaltung mit dem Präventionsbeamten der Polizei.

## **XI. Vernetzung**

Mit Beginn des Jahres 2015 startete das Regionale Kooperationsmodell zur Verbesserung der Versorgung gewaltbetroffener Frauen mit Suchtmittelproblematik GeSA. Trägerin dieses durch das Bundesgesundheitsministerium geförderten Bundesmodellprojektes ist Frauen helfen Frauen e. V. Rostock. Die Interventionsstelle Stralsund ist im Kooperationsteam an diesem 3jährigen Projekt beteiligt und konnte sich neben der Vernetzungsarbeit in die ersten beiden Fachtage als Veranstalterin einbringen.

2015 fand endlich ein lang angestrebtes ergebnisorientiertes Gespräch gemeinsam mit der Fachgebietsleitung des sozialpädagogischen Dienstes sowie den Teamleiter\*innen des ASD des Landkreises Vorpommern-Rügen und der Geschäftsführung unseres Trägers statt. Geplant sind für 2016 Kennenlern- bzw. Vorstellungstermine in den einzelnen Teams des ASD sowie die Erarbeitung einer Kooperationsvereinbarung.

Der 2. regionale Interdisziplinäre Erfahrungsaustausch (IEA) des Polizeipräsidioms Neubrandenburg in Anklam war wieder sehr erfolgreich. Neben den Interventionsstellen Stralsund, Neubrandenburg und Anklam waren auch Vertreter\*innen der zugehörigen Polizeiinspektionen (PI) sowie ein Richter des Verwaltungsgerichtes Greifswald vertreten. Letzterer ging mit den Beteiligten bezüglich der Anforderungen an die Begründung eines Betretungsverbotes ins Gespräch. Die PI Anklam berichtete über erste Erfahrungen bei der Anwendung der Checkliste nach ODARA (Ontario Domestic Assault Risk Assessment) im Rahmen der Risikoanalyse.

Der 18. landesweite IEA wurde im Oktober in Stralsund durchgeführt. In kleinen Schritten nähern wir uns den Fallkonferenzen zu Hochrisikofällen. Der Hauptgedanke ist derzeit aus dem Instrument ODARA etwas Eigenes zu erarbeiten. Die Akteure sind sich einig, dass jeder Partner ein eigenes Werkzeug benötigt und dass es für die Fallkonferenzen feste Verantwortlichkeiten geben muss, damit z.B. auch Mitarbeiter\*innen des Jugendamtes und Richter\*innen mit am Tisch sitzen.

Im Arbeitskreis Trennung/Scheidung auf Rügen konnten wir in diesem Jahr wieder regelmäßig mitarbeiten. Thema 2015 waren erneut der begleitete Umgang und die Erarbeitung von Standards.

Die Mitarbeit der Kinder- und Jugendberaterin in den Arbeitskreisen der „Frühen Hilfen“ im Landkreis Vorpommern-Rügen beschränkte sich 2015 auf die Region Stralsund. Diese war sehr intensiv, da für den November ein Netzwerktreffen mit dem Titel „Kindheit ohne Gewalt – geht’s noch?!“ organisiert wurde. Aus dem Hilfenetz für häusliche und sexualisierte Gewalt waren die MISS.Beratungsstelle und die Interventionsstelle jeweils mit einem Workshop beteiligt.

Im Mai fand die zweitägige Klausur der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in Demen statt. Aufgrund der Flüchtlingssituation, die zum Teil auch Auswirkungen auf unsere Arbeit hat, nutzten wir die Klausurtage überwiegend für ein „Interkulturelles Training“, welches vom SOBI e.V. aus Rostock durchgeführt wurde.

Vom 27.09. bis 29.09. organisierten wir erfolgreich unser bundesweites Netzwerktreffen der Interventionsstellen in Schwerin. Mit dem Polizeipräsidenten des Rostocker Polizeipräsidioms Herrn Laum konnte die Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen die gute Zusammenarbeit mit der Polizei in M-V präsentieren. Herr Dr. med. Murafi (Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie), mit dem wir bisher keine Erfahrungen hatten, wurde zu einem Highlight der Veranstaltung. Er referierte unterhaltsam und anschaulich zum Thema: „Miterlebte Partnergewalt“. Das Team der Kinder- und Jugendberaterinnen ergänzte den Vortrag von Herrn Murafi mit praktischen Erfahrungen in einem eigenen Vortrag und in verschiedenen Workshops. Während der Bundeskonferenz wurde eine Erklärung mit Forderungen erarbeitet, die an entsprechende Behörden, Einrichtungen und politische Organe gerichtet ist. Im Nachgang konnte die Landesarbeitsgemeinschaft reichlich Lob für Organisation, Durchführung und Fachlichkeit ernten.

2014 gab es im Hansa-Gymnasium in Stralsund eine Veranstaltung mit den damaligen 10. Klassen, bei der sich die Interventionsstelle vorstellte und mit den Schülern\*innen über den Film „Festung“ ins Gespräch zu häuslicher Gewalt kam. Daraus ergaben sich weitere Kontakte zu den Schulsozialarbeitern\*innen des Landkreises Vorpommern-Rügen. So wurde die Kinder- und Jugendberaterin zu einem Fachtag eingeladen und führte zweimal einen Workshop zum Thema „Kinder als Zeugen von häuslicher Gewalt“ durch. Neben den Schulsozialarbeitern\*innen waren auch Kollegen\*innen der freien Jugendsozialarbeit anwesend. Hierbei stellte sich erneut heraus, wie wichtig unsere Öffentlichkeitsarbeit ist, da unsere Arbeit immer noch häufig mit Gewalt in der Erziehung verwechselt wird.

Auch 2015 nahm eine Mitarbeiterin themenbezogen am Frauenpolitischen Runden Tisch Stralsund teil und konnte sich u. a. bei der Vorbereitung der Anti-Gewalt-Woche einbringen.

Die vierteljährlich durch die Mitarbeiterinnen der Interventionsstelle durchgeführten Regionalen Arbeitskreise wurden wieder thematisch gestaltet.

## **XII. Öffentlichkeitsarbeit**

Der Umzug in neue Räumlichkeiten zahlte sich auch 2015 weiterhin aus. Die Zahlen der Selbstmelder\*innen stiegen noch einmal an. Allein der Ortswechsel bringt die Interventionsstelle stärker in die Öffentlichkeit und sorgt für eine größere Präsenz unserer Themen bei den Betroffenen.

Gleich zu Beginn des Jahres fand der Fachtag „Hochkonfliktfamilien – eine Herausforderung für die Mitarbeiter\*innen der Jugendhilfe“ aufgrund großer Nachfrage aus 2014 erneut statt. Die Kinder- und Jugendberaterinnen der Interventionsstellen Rostock und Stralsund beteiligten sich wieder mit dem Vortrag „Erfahrungen aus der Praxis“ und dem Workshop „Umgangsstreitigkeiten nach häuslicher Gewalt – Entscheidungsfindung zwischen Elternrecht und Kinderschutz“.

Im Mai 2015 stand ein Jubiläum für die Kinder- und Jugendberaterinnen an. Die Kolleginnen schauten auf 10 Jahre Kinder- und Jugendberatung zurück. Anlässlich dieses Ereignisses wurde am 16.09. ein Fachtag veranstaltet. Unter dem Titel „Kindeswohlgefährdung bei häuslicher Gewalt! – 10 Jahre Kinder- und Jugendberatung in MV“ wurde Umgang nach Partnerschaftsgewalt fokussiert sowie die Rolle des Täters beleuchtet. Auch im bundesweiten Netzwerktreffen der Interventionsstellen nahm die 10jährige Geschichte der Kinder- und Jugendberatung einen großen Raum ein. Mit einem Vortrag und verschiedenen Workshops wurden die Kinder- und Jugendberatung, ihre Erfolge aber auch die Aspekte, an denen noch gefeilt wird, vorgestellt. Parallel dazu wurde eine thematische CORAktuell herausgegeben und die Arbeit an einem Praxisbericht in Form einer Broschüre aufgenommen.

Ein Highlight der Anti-Gewalt-Woche war 2015 der Film „Das Mädchen Hirut“, der im CineStar Stralsund gezeigt wurde. Eine Geschichte über eine Frauenrechtsanwältin in Äthiopien, die die 14jährige Hirut verteidigt, welche ihren Vergewaltiger tötet und nach alten Traditionen hingerichtet werden soll.

Außerdem waren die Kolleginnen der Interventionsstelle bei Veranstaltungen auf Rügen, in Stralsund, in Grimmen und in Ribnitz-Damgarten vertreten sowie als Akteurinnen unterwegs. Unter anderem gab es in den 10. Klassen in Ribnitz-Damgarten einen Thementag zu häuslicher Gewalt. Dabei stellten Mitarbeiterinnen des Frauenhauses Nordvorpommern sowie der Interventionsstelle den Schülern\*innen das Hilfenetz vor, schauten mit den Jungen und Mädchen den Film „Festung“ und tauschten sich anschließend dazu aus. Vor allem wurde thematisiert wo die Schüler\*innen Hilfe finden können.

Desweiteren fanden auf Rügen die Ausstellungseröffnung „Hier wohnt Familie Schäfer“ in Putbus sowie eine Diskussionsrunde in Sagard, bei welcher der Film „Wutmann“ gezeigt wurde, statt.

In Stralsund wurde traditionell am 25.11. mit den Akteuren des Hilfenetzes und Gästen am Rathaus die Lichteraktion zum Gedenken an alle gewaltbetroffenen Frauen abgehalten.

Am 3. September gab es in Stralsund das Demokratiefest zum Volksentscheid. Organisator\*innen waren der Richterbund e. V., Pro Justiz e. V. und die Landtagsfraktionen Bündnis 90/die Grünen sowie

Die Linke. Auch wir haben uns dort gemeinsam mit der MISS.Beratungsstelle auf dem Alten Markt mit einem Infostand präsentiert.

### **XIII. Fazit und Ausblick**

Gleich im Januar startete das Regionale Kooperationsmodell zur Verbesserung der Versorgung gewaltbetroffener Frauen mit Suchtmittelproblematik GeSA. Die Interventionsstelle Stralsund als Beteiligte in diesem 3jährigen Bundesmodellprojekt kann auf ein spannendes Jahr voller Netzwerkarbeit und Mitgestaltung dieses Projektes zurück blicken. Auch 2016 wird an Begonnenes angeknüpft und wir werden wieder aktiv bei der Vorbereitung und Durchführung unterschiedlicher Fachforen, Workshops und Treffen dabei sein.

Die Kinder- und Jugendberaterin hat im Februar 2015 wie geplant die Ausbildung zur „Systemischen Kinder- und Jugendlichentherapeutin“ aufgenommen und mit Ende des Jahres den Grundkurs abgeschlossen. 2016 steht der Teilabschluss zur Systemischen Beraterin.

2015 war ein Jahr voller Beratungen, aber auch ein Jahr mit vielen und großen Veranstaltungen. Wir durften selbst Veranstalterinnen und Teil von Fachtagen und Fortbildungen sein und damit wichtige Aspekte unseres Themas vermitteln, woraus sich wiederum neue Kontakte entwickelten sowie neue Kooperationen.

In der Kinder- und Jugendberatung ist auf der Beratungsebene Routine eingekehrt. Das ermöglichte es der Kinder- und Jugendberaterin sich 2015 auf die Öffentlichkeitsarbeit zu konzentrieren. Daraus resultierten eine Reihe von Workshops und Schulungen in der ganzen Region Vorpommern-Rügen. Besonders im Bereich der Schulsozialarbeit konnten Kontakte intensiviert werden.

Für 2016 gibt es bereits mehrere Anfragen für Fortbildungen. Die Caritas Mecklenburg e.V. wünscht nach der Veranstaltung im Juni 2015 eine weitere Tagesveranstaltung, dieses Mal zum Thema „Umgang mit hochbelasteten Familien“. Vielleicht entwickelt sich hieraus eine jährliche Zusammenarbeit. JAMBUS in Bad Sülze hat eine Anfrage innerhalb der Ausbildung zur „insoweit erfahrenen Fachkraft“ gestellt. Die Kinder- und Jugendberaterin wird einen halben Tag zum Thema häusliche Gewalt und die Auswirkungen auf Kinder referieren.

Eine weitere Fortbildungsanfrage kam aus dem Bereich der Bewährungshilfe. Über diese Anfrage freuen wir uns besonders, da der Austausch mit Kooperationspartner\*innen im Bereich der Täterarbeit eher gering ist. Wir sehen Täterarbeit auch als Opferschutz und hoffen, dass sich aus dieser Zusammenarbeit mehr entwickelt.

Ein Ziel für 2016 ist die Erarbeitung einer Kooperationsvereinbarung mit dem Jugendamt Vorpommern-Rügen. Dafür werden wir in jedem Team Station machen und in den Austausch gehen. Beide Seiten sollen mehr Verständnis für die Arbeit des Gegenübers erlangen, gemeinsame Berührungspunkte ausfindig machen und konkrete Abläufe für Fälle erarbeiten, in denen Kinder von häuslicher Gewalt oder Stalking mit betroffen sind.

Innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft ist für 2016 eine gemeinsame Aktion bzgl. der Anti-Gewalt-Woche in Planung. Mit Blick auf die Ergebnisse der Dunkelfeldstudie (Studie zum Dunkelfeld der Kriminalität in Mecklenburg- Vorpommern, durchgeführt von dem Landeskriminalamt, der Fachhochschule Güstrow und der Universität Greifswald) zum Thema Häusliche und Sexualisierte Gewalt (Dunkelfeld HG: 98,4 %, Dunkelfeld SG: 98,9 %) möchte die Landesarbeitsgemeinschaft Betroffene auf das Angebot der Interventionsstellen aufmerksam machen, indem ein Plakat und Postkarten entwickelt und veröffentlicht werden.

Ein weiteres Ziel wird im Rahmen der Fallkonferenzen, die ebenfalls noch in Planung sind, anvisiert. Hierzu soll ein Instrument zur Einschätzung von Hochrisikofällen entwickelt werden, das passgenau für die Interventionsstellen arbeitet. Hier wird 2016 in den regionalen IEA weiter gearbeitet und auch die 2tägige Klausurtagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen wird sich einen Tag mit der Risikoanalyse beschäftigen.

Im Team der Kinder- und Jugendberaterinnen M-V wird die Arbeit an der Broschüre bzw. des Praxisberichtes weitergeführt. Der Titel ist: „Pro-aktiver Kinderschutz bei häuslicher Gewalt – Erfahrungen aus 10 Jahren Kinder- und Jugendberatung in Mecklenburg-Vorpommern“. Die Fertigstellung ist für den Sommer 2016 geplant.

Innerhalb des Vereins wird 2016 die Homepage überarbeitet und teilweise neu gestaltet. Dabei wird eine Kollegin der Interventionsstelle redaktionell beteiligt sein.

Nach wie vor erweisen sich der Standortwechsel der Beratungsstelle und die Bürogemeinschaft mit der MISS.Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt als lohnend. Die Mitarbeiterinnen können untereinander von vielseitigen fachlichen Kompetenzen, der Methodenvielfalt aller und dem teilweise gemeinsamen Auftreten in der Öffentlichkeit profitieren. Außerdem hat sich die Zahl der Selbstmelder\*innen im Jahr 2015 nochmals leicht erhöht. Waren es zwischen 2009 und 2013 60 bis maximal 73 Selbstmelder\*innen pro Jahr, so stieg deren Anzahl im Jahr des Standortwechsels bereits auf 105 und 2015 nochmal auf 114. So viele Selbstmelder\*innen wie noch nie seit Bestehen der Interventionsstelle Stralsund. Dies können wir vermutlich der zentralen Lage und guten Sichtbarkeit der Beratungsstelle zuschreiben. Aber auch zeigt dieser Anstieg, dass das Thema einen Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat und Betroffene Kenntnis von unserem Beratungsangebot haben.

Obwohl wir personell ohne größere Ausfälle gearbeitet haben, konnten 2015 wieder „nur“ 75,2 % (im Vorjahr waren es 72,4 %) der durch die Polizei gemeldeten Klient\*innen erreicht werden. Dies bestätigt erneut Vorjahreswerte, die deutlich machen, dass die Erreichbarkeit unabhängig vom Fallaufkommen zu sein scheint. Während uns im Jahr 2004 noch 235 Fälle bekannt wurden, waren es im Jahr 2015 bereits 470. Das sind doppelt so viele Fälle wie vor 10 Jahren, bei gleicher finanzieller und personeller Ausstattung. Letztere lässt es bei solch einem Fallanstieg über die letzten Jahre außerdem nicht zu, häufigere Kontaktversuche zu unternehmen bzw. sind hier Grenzen erreicht. Zugunsten eines leichten Anstiegs der persönlichen Kontakte zu den Betroffenen, wie aufsuchende Beratungen und Begleitungen sowie Beratungen in den Räumlichkeiten der Interventionsstelle, musste die Anzahl der telefonischen Beratungen Einbußen hinnehmen. Diese Formen der persönlichen Beratungen erweisen sich bei den meisten Betroffenen als am effektivsten, gerade wenn eine Veränderung der Lebenssituation angestrebt wird.

2015 sind wir insgesamt 20.320 km (5.428 km mehr als im Vorjahr) mit unseren privaten PKW's gefahren, um unseren Arbeitsauftrag erfüllen zu können. Je nach örtlicher Erreichbarkeit wurden zusätzlich noch öffentliche Verkehrsmittel genutzt.

# Pressespiegel

Ostsee Zeitung Stralsund 25./26.07.2015

## Gewaltausbruch hinter der Wohnungstür

Mit ihrem Job sorgen sie für Sicherheit und Ordnung in der Hansestadt. Hier geben Stralsunder Polizisten Einblick in ihre Arbeit.

**Stralsund** – Der Anruf kam gegen 21 Uhr. Ein 13-Jähriger wolle sich nach einem Streit das Leben nehmen. Ein Streifen- und ein Rettungswagen jagten nach Knieper West.

„Vor Ort trafen die Kollegen auf eine völlig verstörte Mutter und ihre beiden Kinder“, sagt Dietmar Grotzky. Der Leiter des Polizeihauptreviers weiß, dass sich die Rettungssanitäter sofort um den Jungen kümmern, der äußerlich unverletzt schien. Die Polizisten versuchten unterdessen, bei dessen Mutter und Schwester herauszubekommen, was passiert war.

„Der Anlass war auf den ersten Blick eher banal“, erzählt der Re-

vierleiter. An der Mikrofonhalterung eines Computers war der Haltearm des Mikros abgebrochen. Der Junge verlangte nun von seiner Mutter, sie solle sofort einen neuen kaufen.

Doch die 39-Jährige wollte und konnte möglicherweise so spät am Abend keinen Ersatz besorgen.

Streit lag regelrecht greifbar in der Luft, und die Situation schaukelte sich schnell hoch, als ein Wort das andere gab. „Plötzlich hatte der Junge ein Küchenmesser in der Hand und drohte damit, seine Mutter ‚abzustechen‘, wenn sie ihm keinen neuen Mikrofon kaufe“, berichtet Grotzky weiter. Offenbar ge-



Serie

Polizeigespräch

lang es erst der Schwester, die Situation etwas zu entschärfen und darauf zu dringen, die Polizei hinzuzuziehen, bevor Schlimmeres passiere.

„Im Verlauf der ersten Befragungen wurde dann auch schnell deutlich, dass die Beamten in diesem Fall nicht das erste Mal gerufen worden waren“, sagt Dietmar Grotzky. Der Junge war offenbar auffällig geworden, seit sich Mutter und Vater getrennt hatten.

„Ursache dafür sollen Übergriffe seitens des Mannes gewesen sein“, hat diese Geschichte für den Revierleiter deutliche Züge von häuslicher Gewalt. Gut möglich al-

so, dass der 13-Jährige nur die Frustrationen auslebt, mit denen er zuvor selbst konfrontiert worden war.

Grotzky und seine Kollegen sind regelmäßig mit solchen Fällen konfrontiert. „Wir werden im Jahr zu etwa 150 solcher Dramen gerufen, in Ehen, gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, aber auch bei betroffenen Kindern und Jugendlichen“, sagt er und weiß, dass sehr oft Alkohol solche Gewaltausbrüche hinter Wohnungstüren befördert.

In 40 Prozent dieser Fälle sprechen die Polizisten für einen der Beteiligten eine so genannte Wegweisung aus. Das heißt, der gewalttätige Partner muss die Wohnung für bis zu 14 Tage verlassen. „Damit

sollen die Opfer geschützt werden, zur Ruhe kommen und die Möglichkeit erhalten, Hilfe annehmen zu können“, betont der Revierleiter.

Hilfe bekommen Gewaltopfer in Stralsund bei der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, ☎ 03831/30 77 50. „Mit den engagierten Frauen des Vereins arbeiten wir als Polizei eng zusammen“, sagt Dietmar Grotzky. Auch die betroffene Mutter des jüngsten Falles wurde auf dieses Hilfsangebot hingewiesen. Zudem wurde das Jugendamt informiert. Für ihren Sohn endete der Gewaltausbruch zunächst mit einer Einweisung in die Kinder- und Jugendpsychiatrie. *Jörg Mattern*



Ostsee Zeitung Rügen 02.09.2015

## Betrunkener greift Ehefrau in Bergen an

**Bergen** – Ein 57-Jähriger aus der Nähe von Bergen hat in der Nacht von Montag zu Dienstag seine Ehefrau angegriffen. Wie eine Sprecherin der Polizei in Stralsund mitteilte, war die Polizei am Dienstagmorgen gegen 1.50 Uhr wegen Lärms in die Wohnung in Bergen gerufen worden. Dort trafen die Beamten den offenbar betrunkenen Ehemann an, der laut Zeugenaussagen kurz zuvor auch noch mit dem Auto unterwegs gewesen sein soll. Eine Atemalkoholkontrolle ergab einen Wert von 1,81 Promille.

Doch damit war der Einsatz nicht beendet. Kurze Zeit später mussten die Polizisten erneut anrücken, weil der Mann handgreiflich gegen seine Frau geworden war und unter anderem eine Tür eingetreten hatte. Die Polizei prüft gegenwärtig, ob sie den 57-Jährigen für zwei Wochen den Zutritt zur Wohnung des Ehepaares untersagt. Die Interventionsstelle in Stralsund wurde informiert, um der Frau Hilfsangebote zu unterbreiten.



# MÜRITZ **BLITZ** am SONNTAG

20. September 2015

Nr. 38/25. Jahrgang

### Vortrag »Faschismus und Zweiter Weltkrieg«

**Waren/mb.** Die Rosa Luxemburg Stiftung Mecklenburg-Vorpommern lädt am Donnerstag, 24. September um 18.30 Uhr in das Haus des Gastes, Waren (Müritz), Neuer Markt 21 zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion ein. Prof. Dr. Kurt Pätzold (Historiker, Berlin) spricht zum Thema: »Faschismus und Zweiter Weltkrieg – Wen interessiert das heute noch?« Der Eintritt ist frei.

### Infoveranstaltung über Parkinson

**Waren/mb.** Die Selbsthilfegruppe Parkinson in Waren lädt alle Mitglieder, Angehörigen und Gäste zum nächsten Informations-Nachmittag am Mittwoch, den 30. September um 15 Uhr in das Seniorenheim »Am Sinnesgarten«, Pestalozzistr. 23 a, in Waren ein. Das Thema lautet »Fahrtauglichkeit, Gedächtnis und Konzentration bei Parkinson«. Den Vortrag hält PD Dr. med. Jürgen Andrich, Leitender Chefarzt und Chefarzt der Neurologie der Klinik am Haussee in Feldberg. Die SHG Parkinson freut

## Enttabuisieren und früher eingreifen

Zehn Jahre Kinder- und Jugendberatung in Mecklenburg-Vorpommern

Güstrow/mb/df. Jubiläen sind eigentlich ein Grund zur Freude, ein 10. Geburtstag sollte sogar eine bunte Party sein. Allerdings fehlten die bunten Ballons in der Güstrower Sportschule an diesem Mittwoch, obwohl es um Kinder ging: Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Kinder- und Jugendberatung in MV fand eine Fachtagung mit 130 Teilnehmern aus dem ganzen Land statt. Die Tagung war interdisziplinär, sodass unter anderem auch Prof. Dr. Ludwig Salgo vom Fachbereich Rechtswissenschaft der an der Goethe-Universität Frankfurt und die Kinder- & Jugendpsychaterin Christine Schönlau aus Rabel zu Wort kamen. »Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Dennoch findet Gewalt zu Hause statt, an dem Ort, der eigentlich für Geborgenheit steht. Allein die Angst vor Gewalt ist Gewalt«, betonte Susanne Wollentitt vom Sozialministerium in ihrer Begrüßungsrede. Allein 1.600 gemeldete Fälle von häuslicher Gewalt, bei denen auch 800 Kinder betroffen waren, gab es im

vergangenen Jahr. Die Zahlen steigen jedoch, denn wer Gewalt erlebt, wird später selbst zum Täter. Das rechtzeitig eingreifen, so machen

Der Vater schreit und brüllt. Er bedroht die Mutter. Sie brüllt zurück, beschimpft ihn. Sie brüllt zurück, beschimpft ihn. Sie gibt keinen Laut mehr von sich.

Sie hören  
Der Vater schreit und brüllt. Er bedroht die Mutter. Sie brüllt zurück, beschimpft ihn. Sie brüllt zurück, beschimpft ihn. Sie gibt keinen Laut mehr von sich.

Sie sehen  
Der Vater schlägt die Mutter, stößt und bockt sie, reißt sie an den Haaren. Er tritt die am Boden liegende Mutter. Er schlägt mit Gegenständen, oft Gegenstände durch den Raum. Er droht die Mutter mit dem Messer. Oder einer anderen Waffe. Er vergewaltigt die Mutter. Er würgt sie und kämpft.

Ronja Kohlschmidt ist erst seit drei Monaten in Güstrow bei »Arche e.V.« und freut sich auf das Kennenlernen und den Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen. Sabine Janitz von der Warener Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt Waren/Müritz »KLARA« (r.) ging es ebenso. Foto: Frontzek

höher liegen: »Kinder sagen nicht immer, was passiert. Aus Angst oder aus Loyalitätskonflikten zu ihren Eltern«, so die Ärztin. Um entsprechende Hinweise zu erkennen und frühzeitig einzugreifen, seien außerdem Richterfortbildungen nötig. »Der Staat ist in der Pflicht, schnell zu intervenieren, wenn Fälle von Kindeswohlgefährdung festgestellt werden. Zugespißt muss man fragen, wie es sein kann, dass unsere Richter dumm und uninformativ bleiben sollen«, so Ludwig Salgo. Kati Voß von der Interventionsstelle Rostock stellte fest, dass man in den letzten zehn Jahren leider nur in sehr kleinen Schritten vorangekommen ist. Die ökonomische und personelle Ausstattung, so das Fazit der Tagung, sei ein dringendes Problem. »Es sollte Geld in die Hand genommen werden, um zu sparen, wie es in der Wirtschaft üblich ist«, forderte Carsten Spies. »Je eher und früher wir intervenieren, desto weniger Kosten und Arbeit haben wir später«, so Christine Schönlau.

Ostsee Zeitung 17.11.2015

# Häusliche Gewalt noch immer ein Tabu

19 Veranstaltungen im Landkreis Vorpommern-Rügen sollen für das Thema sensibilisieren

**Ribnitz-Damgarten.** Vor zwei Wochen ein blaues Auge, vergangene Woche zierte ein Verband den Arm der jungen Frau. Die Treppe hinter gefallen, an der Tür gestoßen, auf dem gerade gewischten Fußboden ausgerutscht, erzählt sie. Dass es ihr eigener Mann ist, der sie schlägt, das sagt sie nicht. Die Veranstaltungen innerhalb der Anti-Gewalt-Wochen, die heute im Landkreis Vorpommern-Rügen begangen, sollen betroffenen Frauen Mut zusprechen, ihnen aufzeigen, wo sie Hilfe bekommen – auch anonym – und gleichzeitig auch die breite Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisieren.

„Häusliche Gewalt ist immer noch ein Tabu-Thema“, weiß Katrin Schmuhl, Gleichstellungsbeauftragte beim Landkreis Vorpommern-Rügen. Und das nicht nur für

die Betroffenen selbst. „Auch in der Öffentlichkeit“, weiß sie. Dabei sei Gewalt gegen Frauen keine Seltenheit.

„Sie kann jeden treffen – unabhängig von Alter, Bildungsstand, Einkommen und Herkunft“, macht die Gleichstellungsbeauftragte deutlich. Dabei seien es nicht nur die sichtbaren körperlichen Verletzungen, sondern auch die seelischen Beschwerden, unter denen die Opfer leiden würden. Zu oft werde die Problematik tabuisiert.

„Wenn wir helfen und verändern wollen, dann müssen wir offen darüber reden und die Gesellschaft sensibilisieren. Mit den Anti-Gewalt-Wochen setzen wir da ein Zeichen“, zeigt sich Katrin Schmuhl zuversichtlich.

Insgesamt 19 Veranstaltungen hat sie – gemeinsam mit verschiede-

nen Einrichtungen und Institutionen – im gesamten Landkreis organisiert.

Ausstellungen, Lesungen, Filmvorführungen – bis zum 27. November soll das öffentliche Interesse auf die Gewalt an Frauen gelenkt werden, sollen Strategien zur Bekämpfung von Gewalt deutlich ge-

macht werden. Gemeinsam gegen Gewalt stehen im Landkreis Vorpommern-Rügen neben der Gleichstellungsbeauftragten acht Vereine und Institutionen. Das Frauenschutzhaus Nordvorpommern, dort haben in diesem Jahr bereits 15 Frauen und 18 Kinder Zuflucht vor ihren gewalttätigen Männern

## Kinder oftmals Zeugen von Gewalt

**15 Frauen** und 18 Kinder fanden seit Beginn des Jahres bis Ende Oktober Zuflucht im Frauenschutz-

haus Nordvorpommern. Im Jahr 2014 waren es 17 Frauen und 16 Kinder. Drei Mütter mit Migrationshintergrund wurden aufgenommen.

**245 Fällen** häuslicher Gewalt wurde in diesem Jahr bis-

lang nachgegangen, in 64 Fällen ambulante beraten.

**465 Betroffene** kamen im Zeitraum Oktober 2014 bis Oktober 2015 in die Interventionsstelle

Stralsund, davon 350 über die Polizei. In diesem Zeitraum wurden 452 mitbetroffene Kinder, die Zeugen der Gewalt in der Familie wurden, bekannt.

beziehungsweise Vätern getun- den, das Frauenschutzhaus Stralsund, die Beratungsstelle in Bergen, Miss – die Beratungsstellen für Betroffene sexualisierter Gewalt in Bergen und in Stralsund, die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking, die All-gemeine Opferberatung, die Fach-praxis für Gewaltberatung und Tä-tertherapie sowie der Weiße Ring auf Rügen – sie alle leisten ihren An-teil. Selten seien es die Betroffenen selbst, die Hilfe suchen, weiß Ka-trin Schmuhl. So seien in den ver-gangenen zwölf Monaten 350 Op-fer über die Polizei zur Stralsunder Interventionsstelle gelangt. Nur 115 der insgesamt 465 Betroffenen fanden den Weg von sich aus bezie-hungsweise über Freunde, Kolle-gen, Familienangehörige oder Ärz-te.

Anja Krüger

Ostsee Zeitung 26.11.2015

26.11.15 OZ

## Häusliche Gewalt hat viele Gesichter

**Ribnitz-Damgarten.** Anlässlich der derzeit laufenden Anti-Gewalt-Woche haben Vertreter der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking Stralsund und des Frauenschutzhauses Ribnitz-Damgarten in der Bernsteinschule gestern über ihre Arbeit informiert. Etwa 30 Schüler der zehnten Klasse setzten sich innerhalb der Veranstaltung mit dem Thema Gewalt auseinander, sahen dazu den auf-rüttelnden Film „Festung“. „Wir wollen die Kinder sensibilisieren“, sagte Inge Höcker von der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking.

Sie berichtete davon, dass mehr als 90 Prozent der Betroffenen Frauen sind. Oft sind auch Kinder involviert. „Selbst wenn Kinder nicht direkt geschlagen werden: Wenn sie Zeuge von häuslicher Gewalt werden, hat es ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung“, so Inge Höcker.

In den meisten Fällen erfahre die Interventionsstelle erst davon, wenn bereits die Polizei eingeschaltet ist. Von 460 Fällen im vergangenen Jahr hätten sich etwa 100 Betroffene direkt an die Interventionsstelle gewandt. Betroffene würden sich oft erst melden, wenn es bereits mehrere Vorfälle gegeben habe. Dementsprechend schwierig sei es, eine Veränderung herbeizuführen. „Es dauert oft lange, bis Frauen wirklich einen Schlussstrich ziehen. Die Situation, die besteht, kennen sie. Viele haben Angst davor, auf sich alleine gestellt zu sein. Dabei helfen wir“, so Inge Höcker.

Stalking gehöre ebenfalls zum Aufgabenfeld. Hiervon seien mehr Männer betroffen als von häuslicher Gewalt. Durch die neuen Medien werde es immer schwieriger, sich Stalkern zu entziehen, da viele Daten wie etwa Handynummern im Internet zu finden seien. Auf neue Methoden tauchen auf. So erzählte Höcker von einem Mann, der auf das Handy seiner Freundin eine App installiert hatte, mit der er sie mit seinem eigenen Handy abhören konnte. „Stalking ist mittlerweile unter Strafe gestellt, wird allerdings leider selten verurteilt, weil der Begriff sehr schwammig ist“, so die Volljuristin. ron

**Kontakt:** Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking Stralsund, Frankendamm 5, ☎ 038 31/30 77 50, 038 31/30 77 51 (Kinder- und Jugendberatung), E-Mail: [interventionsstelle.stralsund@fhf-rostock.de](mailto:interventionsstelle.stralsund@fhf-rostock.de).

**Frauenschutzhause** Nordvorpommern, Postfach 10 47, 18301 Ribnitz-Damgarten, ☎ 038 21/72 03 66, E-Mail: [frauenhaus-nvp@awo-vorpommern.de](mailto:frauenhaus-nvp@awo-vorpommern.de)



Inge Höcker im Gespräch mit den Jugendlichen. Foto: Robert Niemeyer